

Frankreichs neues Elektrizitätsprogramm (PPE3) im Zeichen der Grünen Geisteskrankheit

geschrieben von AR Göhring | 23. Februar 2026

von Edgar L. Gärtner

Nachdem der ohne parlamentarische Mehrheit regierende neue französische Premierminister Sébastien Lecornu nach langem Hin und Her auf der Grundlage des berüchtigten Paragraphen 49.3 der Verfassung seinen ersten Staatshaushalt per Dekret erlassen hatte, konnte er sich endlich der mittelfristigen Planung der Elektrizitätsversorgung des Landes in Form eines Plans für die Jahre 2025 bis 2035 widmen. Wir haben bereits in mehreren Beiträgen auf die Inkohärenz der bislang vorgelegten Plan-Entwürfe hingewiesen.

Das Programm ist kein Gesetz

Der am 12. Februar 2026 mit deutlicher Verspätung vorgelegte dritte Plan für das Jahrzehnt von 2025 bis 2035, genannt „Programmation Pluriannuelle de l'Électricité (PPE3)“ brauchte nach Ansicht von Premierminister Sébastien Lecornu nicht von der Nationalversammlung abgestimmt werden, obwohl deren Mehrheit den damaligen Entwurf der PPE3 bereits im Oktober 2024 abgelehnt und eine parlamentarische Debatte mit anschließender Abstimmung über ein ordentliches Gesetz gefordert hatte. Diese Forderung wurde in diesem Jahr nur noch von den Abgeordneten des Rassemblement National (RN) unterstützt, während die mit dem RN konkurrierenden gemäßigt rechten Republikaner (LR) kniffen. Lecornu und seine Getreuen beeilten sich, die PPE3 zu dekretieren, um der angekündigten Publikation einer vom neuen EDF-Präsidenten Bernard Fontana in Auftrag gegebenen Studie über die schädlichen Auswirkungen des häufigen Hoch- und Runterfahrens der KKW wegen der Vorfahrt des sehr unregelmäßig ins Netz eingespeisten Wind- und Solarstroms zuvorzukommen. Diese von erfahrenen Spezialisten erstellte Studie ist seit dem 16. Februar 2026 im Internet einsehbar. (Wir haben über die bislang nur über Indiskretion bekannt gewordenen Ergebnisse dieser Expertise schon am 2. Februar berichtet.)

Die PPE3 tritt sofort nach der Verkündung durch die Regierung in Kraft. Wie die Erfahrungen mit den beiden Vorgängerplänen lehren, handelt es sich dabei eher um rechtlich wenig verbindliche Richtwerte. Nach der Renationalisierung des monopolistischen Stromkonzerns Électricité de France (EDF) ist aber zu erwarten, daß die staatlichen Vorgaben wenigstens ansatzweise in technische Weichenstellungen übersetzt werden, auch wenn finanzielle Engpässe durch das nicht nur in Frankreich drohende Finanzchaos sowie Widerstände durch Volksbewegungen nach dem

Muster der „Gilets Jaunes“ (Gelbwesten) zu erwarten sind.

Frankreich, ein Strom-Paradies

In Frankreich gibt es zurzeit, im Unterschied zu Deutschland oder Spanien, kein grundlegendes Problem der Elektrizitätsversorgung. Es gibt im Gegenteil beachtliche Überkapazitäten in der Größenordnung von bis zu 100 Terawattstunden (TWh). Selbst im Hinblick auf das von Brüssel dogmatisch festgelegte Ziel der Kohlenstoff-Neutralität bis zum Jahre 2050 steht die Elektrizitätsversorgung Frankreichs mit einem Kernenergie-Anteil von über 70 Prozent und einem Wasserkraftanteil über 20 Prozent besser da als die aller Nachbarländer. Es braucht also kein Milliarden-Programm, das (nach offizieller Lesart) gleichzeitig die Produktion „erneuerbarer“ Elektrizität ankurbeln und die Weiterentwicklung der Kernenergie-Anwendung fördern soll.

Seit der Jahrhundertwende, d.h. seit einem Vierteljahrhundert blieb der Strombedarf Frankreichs nahezu konstant. Der industrielle Elektrizitätseinsatz sank seit den Nullerjahren wegen der beängstigenden Deindustrialisierung sogar um etwa 20 Prozent. Die gesamte französische Elektrizitätserzeugung belief sich im Jahre 2025 auf 544 TWh. Davon kamen 370 TWh aus Kernkraftwerken. Diese könnten aber leicht bis zu 450 TWh erzeugen. Nur deren im internationalen Vergleich geringe Auslastung verhinderte, dass der Überschuss noch deutlich größer wurde als die oben erwähnten 100 TWh. Diese wurden in die Nachbarländer exportiert, wodurch die chronisch negative französische Handelsbilanz wieder einmal positiv wurde. EDF hält daher konservativ an der Prognose eines Elektrizitätsbedarfs von lediglich 450 TWh im Jahre 2030 fest. Dieser Bedarf könnte schon heute problemlos ohne den Zubau weiterer Erzeugungskapazitäten gedeckt werden.

Die deutschen Grünen halten sich Konkurrenz vom Leibe

Wozu also die ehrgeizigen Pläne für die Verfünzfachung der Zahl der Offshore-Windräder und die Vervielfachung der Photovoltaikanlagen an Land? Der Ingenieur Fabien Bouglé, der einer nationalen Anti-Windkraft-Initiative vorsteht, hat beim privaten Nachrichten-TV-Sender CNews vor wenigen Tagen die folgende Erklärung geliefert: Die grün-rot-schwarzen deutschen Regierungen wollten nicht die wirtschaftlichen und ökologischen Vorteile akzeptieren, die Frankreich aus seiner günstigen Struktur der Elektrizitätsversorgung mit niedrigen Strompreisen erwachsen. Deshalb versuchen deutsche Parteien und Stiftungen seit Jahrzehnten die französische Energiepolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es gelang deutschen Lobbyverbänden in wichtigen französischen Ministerien Fuß zu fassen. Das *Office Franco-Allemand pour la Transition Energétique (OFATE)* im französischen Wirtschaftsministerium war und ist eng mit dem berühmten deutschen Anti-Kernkraft- und „Erneuerbaren“-Lobby-Think Tank „Agora Energiewende“ vernetzt. Darauf habe ich hier wiederholt hingewiesen.

Abgesehen vom rechten *Front National* Le Pens waren in der Tendenz alle französischen politischen Formationen für solche Einflüsse empfänglich, denn nicht nur in der französischen politischen Klasse, sondern auch bei Unternehmen und Wirtschaftsverbänden herrschten über Jahrzehnte Bewunderung und/oder Neid gegenüber der beeindruckenden Effizienz und den Exporterfolgen Deutschlands, überall findet man Hinweise auf das deutsche „Wirtschaftswunder“, das es nachzuahmen gelte. Nur wenige kritische Stimmen schmähten das als „Germanolâtrie“. So begann im 21. Jahrhundert auch die in Deutschland ursprünglich von den USA übernommene Idee einer totalen ökologischen Wende der Wirtschaft, deren Umstellung auf „grünes Wachstum“ in dem zuvor mehr traditionsverbundenen und behäbigen Frankreich an Attraktivität zu gewinnen, weil man dachte, das bringe einen neuen Wachstumsschub. Auch in der Radio- und TV-Werbung von EDF ist seit Jahren fast nur noch von der „Energiewende“ und der Notwendigkeit der Förderung „erneuerbarer“ Energiequellen die Rede. Das naheliegende Umdenken angesichts des voraussehbaren Scheiterns der „Energiewende“, der fortschreitenden Deindustrialisierung und des beginnenden Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft steckt noch in den Anfängen. Die meisten haben noch nicht richtig mitbekommen, dass aus einer Attraktion ein abschreckendes Beispiel geworden ist.

EU-Kommission strengt Vertragsverletzungsverfahren an

Doch erklärt die Faszination vieler Franzosen für das rheinische Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ und der darauf aufbauende Einfluss der deutschen „Energiewende“-Lobby nur zum Teil, weshalb die unzuverlässigen „Erneuerbaren“ im PPE3, trotz der Tatsache, dass auch Staatspräsident Emmanuel Macron für den Beinahe-Blackout, zu dem es im vergangenen Jahr in Spanien gekommen ist, das Übergewicht von Wind- und Solarstrom im spanischen Netz verantwortlich machte, so großen Raum einnehmen. Da hilft nur der Hinweis auf den Druck der Brüsseler EU-Kommission weiter. Diese hat Frankreich wiederholt (zuletzt im vergangenen Monat) ermahnt, die EU-Vorgaben für eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für „Erneuerbaren“-Projekte umzusetzen. Das ist Rückenwind für die in Frankreich operierenden Wind- und Solar-Lobbys, die frech für sich in Anspruch nehmen, die Interessen der wettbewerbsorientierten Privatwirtschaft gegen das Staatsmonopol EDF zu vertreten. Hauptergebnis und uneingestandes Ziel dieser Lobby ist jedoch, wie wir zu Beginn dieses Monats bereits gezeigt haben, die Verteuerung der Elektrizität in Frankreich.

Dennoch sieht die PPE3 eine starke Steigerung der „decarbonisierten“ Elektrizitätsproduktion auf 650 bis 693 TWh bis zum Jahre 2035 vor. Von einer „Décroissance“ (Schrumpfung) der Endnachfrage ist im Unterschied zu früheren Entwürfen der PPE3 zum Glück nicht mehr die Rede. Zum allergrößten Teil soll die nun projektierte Zunahme aber auf die „Erneuerbaren“ entfallen und nur zum geringen Teil auf Kernreaktoren. Deren Gesamt-Ausstoß soll bis 2035 nur um 2 Prozent nach oben gehen und im Vergleich mit dem Jahr 2006 sogar sinken. Für die terrestrische Windkraft ist die Verdoppelung bis 2035 vorgesehen, für die Offshore-

Windkraft gar eine Vervielfältigung um den Faktor 15.

Nur die Verbilligung des Stroms hilft

Wurden in Frankreich wegen der reparatur- und wartungsbedingten gleichzeitigen Abschaltung etwa der Hälfte der Kernkraftwerke nach dem Ende des Covid-Lockdowns noch Ängste vor einem drohenden Blackout im Winter geäußert, so überwiegen heute in der französischen Wirtschaftspressen Warnungen vor Überkapazitäten und sinkender Auslastung der Kernkraftwerke. Diese können die bestehenden Kernkraftwerke mit einem Fixkosten-Anteil von etwa 80 Prozent leicht unrentabel machen. Um EDF wieder deutlich in die schwarzen Zahlen zu bringen, bedürfte es einer Strategie, um in Frankreich mithilfe niedriger Preise die Stromnachfrage anzukurbeln. Klar fordert das bis zum Tage nur die juristisch an ihrer Präsidentschaftskandidatur gehinderte FN-Gründerin Marine Le Pen in ihrer Stellungnahme zum PPE3. Die Umsetzung der Brüsseler Vorgaben in Sachen CO₂-Neutralität und „Erneuerbare“ im PPE3 verhindert aber genau das. Sie würde, wie die PPE3 den Franzosen zusätzliche E-Produktions- und Netzkosten in der Größenordnung von 400 Milliarden Euro bescheren. Es liegt auf der Hand: Die weitere Verfolgung des „Net-Zero“-Ziels mithilfe der unsteten und unzuverlässigen „Erneuerbaren“ bringt Frankreich gegenüber den bewährten Kernreaktoren nur Kosten, aber nicht den geringsten Wohlstandsgewinn.

So könnte auch bei den europäischen Nachbarn die Erkenntnis reifen: Nur wer verschwindet, kann klimaneutral werden. Präsident Emmanuel Macron und seine Verbündeten haben jedoch entschieden, den Brüsseler Vorgaben weiter zu folgen. Das erklärt wohl auch die bislang schwankende Haltung der bürgerlichen Republikaner (LR) zum Ausbau der Windkraft-Kapazität. Auch politisch neutrale Experten wie der Politikwissenschaftler Jean-François Roux setzen deshalb ihre Hoffnung in den Sieg des anti-woken RN bei den 2027 anstehenden Präsidentschaftswahlen. Dann würde endlich einer der großen EU-Mitgliedsstaaten damit beginnen, dem von US-Präsident Donald Trump entschieden und von seinem Außenminister Marco Rubio auf der Münchner Sicherheitskonferenz in höflichen Worten vorgetragenen Befreiungsschlag des Ausstiegs aus dem „Klimakult“ zu folgen. Nur so wäre es möglich, nicht nur unseren Wohlstand, sondern auch die europäische Kultur zu bewahren.

Die „Elite“ ist krank

Dass mit der westlichen „Elite“ etwas nicht stimmt, wissen wir spätestens seit der Veröffentlichung der so genannten Epstein-Files. Doch auch die Mitglieder der EU-Kommission und die Spitzen der Brüsseler EU-Bürokratie erweisen sich als „pas bien catholique“ (nicht gut katholisch), wie die Franzosen sagen würden. Die machtsversessenen „Leader“ der EU unter Ursula von der Leyen sind aber wohl nicht so dumm, daß sie nicht erkennen könnten, dass sie ihre eigene Machtbasis untergraben, wenn sie am suizidalen „Klimakult“ festhalten. Sie applaudierten zwar der Münchner Rede Marco Rubios (die sie vermutlich

nicht verstanden haben), machen aber munter weiter mit ihrem aussichtslosen Versuch, die Welt über den moralischen Nutzen des Grünen Selbstmords zu belehren und diese Sicht mit Rede- und Berufsverböten durchzusetzen. Das legt den Schluss nahe, dass es sich bei der noch maßgeblichen Haltung europäischer „Eliten“ nicht lediglich um einen Ausdruck ideologischer Verblendung oder religiöser Verbohrtheit handelt, sondern um eine ansteckende Geisteskrankheit genannt Nihilismus oder Narzissmus, die sich nicht unbedingt in neurologischen Befunden zeigt.